

Inhalt der Sitzung vom 16.11.2009

TOP Ö 1 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Es wurden Probleme mit dem Wurzelwerk der öffentlichen Bäume vor den Häusern in der Handschuhsheimer Straße vorgetragen.

Die Probleme sind der Verwaltung bekannt und sollen unter Würdigung der hohen Kosten in einem angemessenen Zeitraum behoben werden.

TOP Ö 2 Haushaltsplanentwurf 2010/Finanzplanung

Beschlüsse zur Aussetzung der außerordentlichen Vereinszuschüsse und Festlegung der Mieten und Entgelte (Mehrzweckhalle, Grillhütte, Turn- und Schwimmhallen, Gemeindezentrum, Altenbegegnungsstätte, Geschirrmobil)

Auch auf die Finanzen der Gemeinde Plankstadt schlägt die Finanzkrise durch. Die Einnahmen mussten daher bereits im Nachtragshaushaltsplan 2009 deutlich nach unten angepasst werden. Die Defizite konnte die Gemeinde bisher noch ohne zusätzliche Belastung für die Einwohner ausgleichen, was im Jahr 2010 ohne mehrere Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung nicht mehr möglich sein wird.

In der Diskussion wurde deutlich, dass man die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht begrüßen kann, sie aber für notwendig erachtet.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die für das Jahr 2010 beantragten Vereinszuschüsse zu außerordentlichen Vorhaben zunächst um ein Jahr zurückzustellen und keine weitere Anträge mehr anzunehmen, einer Neufestlegung der Mieten und Entgelte ab 1. Januar 2010, wobei bei klassischen Jubiläen örtlicher Vereine eine Freistellung durch den Bürgermeister erfolgen kann und dass der Haushaltsplanentwurf zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales verwiesen wird.

TOP Ö 3 Fortschreibung der gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der kommunalen Landesverbände zur Festsetzung der Elternbeiträge für die Kindergartenjahre 2009/2010 und 2010/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits in der Oktobersitzung des Gemeinderates beraten, jedoch vertagt. Die Kirchen und die kommunalen Landesverbände haben sich darauf geeinigt, dass in Baden-Württemberg einheitlich die Anwendung des Württembergischen Modells zur Beitragserhebung Anwendung finden soll, bei dem im Rahmen der Sozialstaffelung alle Kinder in der Familie bis zum 18. Lebensjahr berücksichtigt werden.

Die Verwaltung hat daraufhin entsprechend dem Württemberger Modell Vorschläge für Gebührensätze für die Plankstädter Kindergärten erarbeitet. Aufgrund der Vorgaben dieses Berechnungsmodells wäre es zu teilweise signifikanten Beitragssteigerungen im Bereich der 1-Kind-Familien und der Krippenbetreuung gekommen. Nichtsdestotrotz wäre eine deutliche Beitragserleichterung für 3- und Mehrkindfamilien entstanden bei gleichzeitigen Einnahmeeinbußen der Gemeinde. Die erarbeiteten Vorschläge wurden im Gremium kontrovers diskutiert und letztlich mehrheitlich abgelehnt.

Bürgermeister Schmitt verwies auf eine ab 1. Januar 2010 dringend erforderliche Gebührenanpassung und schlug als Kompromiss vor, das jetzige Kinderbetreuungsgebührenmodell beizubehalten und die Gebühren zum 01.10.2010 um ca. 8% aufgrund der entsprechend gestiegenen Personalkosten und zum 01.09.2010 um weitere 3,3% zu erhöhen.

Der Rat beschloss diesen Vorschlag nach kurzer Beratung einstimmig.

TOP Ö 4 Neufassung der Hundesteuersatzung zum 01.01.2011

Die Hundesteuer wurde letztmalig zum 01.01.2006 von 60 € auf 72 € erhöht. Zur Verbesserung der Finanzlage wurde im Ausschuss für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales am 02.11.2009 beraten, die Hundesteuer von derzeit 72 € auf 90 € zum 01.01.2011 zu erhöhen.

Nach der Darlegung der jeweiligen Standpunkte wurde die Neufassung der Hundesteuersatzung zum 01.01.2011 mehrheitlich im Gremium beschlossen.

TOP Ö 5 Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer konnte gem. den Orientierungswerten zum Haushaltsplan 2009 noch mit Einnahmen von 4,1 Mio € und bei den Schlüsselzuweisungen vom Land 4,4 Mio € gerechnet werden. Diese Einnahmen mussten aufgrund der Finanzkrise bereits im Nachtragshaushaltsplan 2009 deutlich nach unten angepasst werden. Im Jahr 2010 müssen mehrere Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung erfolgen. Leider sind deutliche Erhöhungen der Grundsteuer A auf 340 % der Grundsteuer B auf 380 % und der Gewerbesteuer auf 360 % erforderlich. Der Tagesordnungspunkt wurde ausführlich im Gremium diskutiert. Es zeigte sich deutlich, dass die Räte eine Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger vermeiden wollen. Es gab unterschiedliche Herangehensweisen, die CDU-Fraktion kündigte an, konkrete Vorschläge zum Ausgleich der Mindereinnahmen vorzulegen.

Die Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer wurde mehrheitlich abgelehnt.

TOP Ö 6 Aufnahme von Kommunaldarlehen/Umschuldungen mittels Forwarddarlehen

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung in den nichtöffentlichen Teil verlagert.

TOP Ö 7 Neue Werkrealschule - Grundsatzbeschluss

Der Landtag von Baden-Württemberg hat am 30.07.2009 die Einführung der Werkrealschule als neuen Schultyp beschlossen, so dass ab dem Schuljahr 2010/2011 auf Antrag des Schulträgers jede mindestens zweizügige Hauptschule Werkrealschule werden kann.

Basis ist die Zweizügigkeit, die unerlässliche Voraussetzung ist und eine stabile Schülerzahl bedingt. Von Seiten des Kultusministeriums wird den Schulträgern einzügiger Hauptschulen die Möglichkeit eingeräumt, mit benachbarten Hauptschulen eine entsprechende Kooperation einzugehen mit dem Ziel der Einrichtung einer Werkrealschule, mit der Verteilung auf mehrere Standorte.

Der Gemeinderat wurde bereits in seiner Sitzung am 18.05.2009 über die Gespräche zur Kooperation mit der Gemeinde Oftersheim informiert. Hier gab es Unterredungen über eine gemeinsame Werkrealschule Oftersheim/Plankstadt auf der Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Beabsichtigt ist, die Klassen 5 – 7 in Oftersheim, die Klassen 8 – 10 in Plankstadt zu unterrichten, als Sitz der Schulleitung und damit Schulstandort ist die Gemeinde Oftersheim vorgesehen.

Um dieser neuen Werkrealschule/Ganztagsschule den Einstieg zu erleichtern soll zunächst ein Schulbezirk, der das Gebiet der Gemeinden Plankstadt und Oftersheim umfasst, festgelegt werden. Die gemeinsame Werkrealschule erhält den Namen „Werkrealschule Oftersheim – Plankstadt“.

Sowohl die Gesamtlehrerkonferenz als auch die Schulkonferenz der Humboldtschule haben sich für das vorgeschlagene Kooperationsmodell mit der Theodor-Heuss-Schule Oftersheim ausgesprochen.

Nach ausführlicher Diskussion im Gremium wurde die Frage nach den Kosten des Schulbusses derart geklärt, dass Bürgermeister Schmitt informierte, die Kosten sollen von der Gemeinde übernommen werden, allerdings wird man durch eventuelle zu erhaltene Zuschüsse durch das Land versuchen die Kosten so gering wie möglich zu halten. Von der Schulsozialarbeit in Oftersheim können zukünftig auch die Plankstadter Kinder profitieren.

Das Gremium beschloss mit deutlicher Mehrheit, an der Humboldtschule die Einrichtung der neuen Werkrealschule in Kooperation mit der Gemeinde Oftersheim zu beantragen.

TOP Ö 8 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ - 1. Änderung

Bei der Prüfung zahlreicher Neubauvorhaben im Gebiet „Bruchhäuser Weg“ wurde deutlich, dass der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ teilweise konkretisiert werden müssen und insbesondere bezüglich der zwingend gleichen Wandhöhe bei Doppelhäusern und Hausgruppen sowie bezüglich der Dachform bei Einzelhäusern Änderungen erforderlich sind.

Nach kurzer Diskussion beschloss der Gemeinderat mehrheitlich die Änderung des Bebauungsplanes „Bruchhäuser Weg“. Gleichzeitig wurde die 1. Änderung der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Bruchhäuser Weg“ beschlossen.

TOP Ö 9 Bauantrag zum Umbau und zur Erweiterung des Wohnhauses und zur Errichtung eines Außenschwimmbeckens auf dem Grundstück Flst.Nr. 3887, Dürerstr. 13

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Alttrott“. Die geplanten Maßnahmen sind zulässig und es liegen keine Nachbareinwendungen vor.

Der Gemeinderat erteilte einstimmig das Einvernehmen.

TOP Ö 10 Antrag auf Befreiung und Ausnahme zum Neubau eines Einzelhauses mit Doppelgarage auf den Grundstücken Flst.Nrn. 4918 + 4919, Bgm.-Werner-Weick-Str. 3

Im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ beabsichtigen die Antragsteller die Durchführung der o.g. Maßnahmen. Es wurden Einwendungen einer angrenzenden Grundstückseigentümerin eingebracht.

Das Gremium beschloss nach Diskussion mehrheitlich die Erteilung des Einvernehmens.

TOP Ö 11 Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Folgender Beschluss aus der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 12.10.2009 wird durch Aushang an der Bekanntmachungstafel des Rathauses bekannt gemacht:

TOP NÖ 1 Neubau Regenrückhaltebecken Gänsweid - Gerichtliche Auseinandersetzung

Der Gemeinderat beschloss, einem Vergleich zuzustimmen.

TOP NÖ 2 Stundungsantrag für Erschließungsbeiträge „Bruchhäuser weg“ bis zum 30.11.2009

Der Gemeinderat stimmte dem Stundungsantrag zu.

TOP NÖ 3 Verkauf des Grundstücks Flst.Nr. 4615 im Gewerbegebiet „Nord-West“

Der Gemeinderat stimmte dem Verkauf zu.

TOP NÖ 4 Festlegung der Bürgermeisterbesoldung

Der Gemeinderat bestimmte die Bürgermeisterbesoldung ab 01.10.2009 auf A16.

TOP Ö 12 Verschiedenes

Der Bürgermeister informierte zu folgenden Themen:

Die Bebauung im Bruchhäuser Weg hat am Sitzungstag offiziell begonnen.

Aus den Reihen des Gemeinderats gab es Anfragen zu folgenden Themen:

- GR Karl Schleich (CDU) beanstandete, dass die Veranstaltung zum Volkstrauertag um 12 Uhr stattgefunden hat und regte an, diese nächstes Jahr um 11.30 Uhr abzuhalten.
- GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) informierte, dass an der K 4147 derzeit viel Müll am Straßenrand liegt.
- GR Gerhard Waldecker (PL) fragte an, wann die Öffnung der Paul-Bönnner-Str. nach Schwetzingen erfolgt. Dies konnte zum Sitzungszeitpunkt nicht beantwortet werden.
- GR Dr. Stephan Verclas (PL) informierte, dass der Weg auf dem B 535 Tunnel für ältere Menschen nur sehr schlecht begehbar ist. Dies ist bekannt, aber eine Ausführungsänderung ist aufgrund der Festlegung im Planfeststellungsverfahren nicht möglich.
- GR Silke Layer (PL) teilte mit, dass im „Gässeläcker“ keine Hydrantenhinweisschilder hängen. Diese sollen vor Wintereinbruch noch angebracht werden.

- GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte an, ob es bei der Ausgestaltung der Altenfeier noch Probleme gibt? Das Programm steht fest.

Er fragte weiter, ob die Schimperschule in Schwetzingen auch die Aufgaben der Werkrealschule übernimmt. Dies ist nicht der Fall.

Zuletzt forderte er einen Lageplan mit Plankstadter Enklaven auf Schwetzinger Gemarkung. Derartige Enklaven gibt es nicht.

- GR Ulrike Breitenbücher (PL) informierte, dass seit dem Parkverbot von Kleinlastern auf dem Parkplatz in der Bahnstraße jetzt vor den Häusern in der Bahn- und Karl-Theodor-Straße geparkt wird.

Das Parkverbotsschild wurde auf Anregung der Anwohner zum Schutz der Kinder auf dem angrenzenden Kinderspielplatz angebracht.